

Niederschrift über die 15. Sitzung des Ausschusses für Familie, Senioren und Soziales am 21.09.2023, 18:00 Uhr, Großer Sitzungssaal, Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
stimmberechtigte Mitglieder		
Herr Jan Büscher	CDU	
Frau Jessica Engbers	FDP	
Herr Bernhard Kestermann	CDU	
Herr André Kretschmer	SPD	Vertretung für Frau Inge Walfort als stimmberechtigtes Mitglied
Herr Tobias Musholt	CDU	Vertretung für Frau Ulrike Fascher
Herr Benedikt Öhmann	Bündnis 90/Die Grünen	Anwesend ab 18:55 Uhr
Herr Michael Pelster	Pro Coesfeld	
Frau Carolin Rulle	CDU	
Herr Wilfried Schmitz	FAMILIE	
Herr Lutz Wedhorn	CDU	
Herr Christoph Wolfers	Bündnis 90/Die Grünen	Vertretung für Herrn Ludger Kämmerling
Verwaltung		
Frau Eliza Diekmann	Bürgermeisterin	
Herr Christoph Thies	Beigeordneter	
Herr Michael Vogt	Fachbereichsleiter Soziales und Wohnen	
Lisa Staudinger	Schriftführerin	
Gäste		
Herr Tobias Bendfeld	Diakonie WesT e.V.	
Frau Anne-Lore Pirsch	Diakonie WesT e.V.	
Frau Claudia Kraska-Venjakob	Seniorennetzwerk Coesfeld	
Frau Heike Leopold	Evangelische Kirchengemeinde	

Schriftführung: Lisa Staudinger

Frau Inge Walfort eröffnet um 18:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 19:40 Uhr.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Bericht der Verwaltung und Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden
- 2 Vorstellung sozialer Einrichtungen und Verbände
Vorlage: 234/2023
- 3 Bericht über die Ausführung des Budgets 50 - Soziales und Wohnen
Vorlage: 187/2023
- 4 Weihnachtspräsente für die ältesten Bürger:innen
Vorlage: 188/2023
- 5 Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung für Unterkünfte für Geflüchtete und Obdachlose
Vorlage: 232/2023
- 6 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Bericht der Verwaltung und Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden
- 2 Anfragen

Vor Eintritt in die Sitzung wird Frau Jessica Engbers durch die Ausschussvorsitzende Frau Inge Walfort vereidigt. Dafür erheben sich alle von den Plätzen und Frau Engbers spricht folgende Eidesformel:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Coesfeld erfüllen werde, so wahr mit Gott helfe“.

Erledigung der Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Bericht der Verwaltung und Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden
-------	---

Michael Vogt informiert über die Tage der seelischen Gesundheit.

Im Nachgang stellt Michael Vogt die aktuellen Zahlen des Jobcenters anhand einer PPP vor. Er erläutert, dass es gerade bei den BAMF Sprachkursen bei Geflüchteten das Problem gibt, dass bei einer Arbeitsaufnahme seitens der Geflüchteten die Sprachkurse mittendrin abgebrochen werden. Es im Nachgang bei Fortführung eines Kurses schwierig sei, an dem gleichen Stand wieder anzuknüpfen, da die Kurse wieder neu belegt sind.

Des Weiteren erläutert Michael Vogt, dass die Stadt Coesfeld 2022 viele kleinere Unterkünfte mit einzelnen Wohnungen angemietet haben. Der Unterhalt der kleineren Unterkünfte ist zeit- aufwendiger als die größeren Unterkünfte mit mehreren Wohnungen.

Christoph Thies erläutert die finanzielle Ausstattung im Jobcenter.

Das Verfahren zur Aufstellung des Bundeshaushaltes sei derzeit im Gange. Der Bund sei erwartungsgemäß nachvollziehbar darangehalten, Einsparungen vorzunehmen.

Sorge bereite die Überlegungen zur Einsparung im Bereich des Bürgergeldes. Die Kosten für Eingliederung und Verwaltung sollen in 2024 um 500 Mio € sinken, ab 2025 nochmals um weitere 900 Mio €. Die konkreten Auswirkungen lassen sich für den Kreis Coesfeld derzeit noch nicht beziffern, es wird aktuell von Kürzungen in 2024 um rd. 650 T€ ausgegangen.

Das neue Bürgergeld setzt einen stärkeren Fokus auf Qualifizierung und Weiterbildung um eine größere Nachhaltigkeit der beruflichen Integration zu erreichen. Qualifizierung und Weiterbildung sind auch im Hinblick auf den fortschreitenden Fachkräftemangel zu begrüßen.

Diese Maßnahmen sind jedoch entsprechend teuer. Tarifsteigerungen und Inflation führen ebenfalls zu deutlichen Kostensteigerungen für Maßnahmen oder Angebote der beruflichen Integration.

Des Weiteren sind die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften im SGB II durch den Rechtskreiswechsel der ukrainischen Kriegsflüchtlinge deutlich gestiegen.

Christoph Thies führt weiter aus. Dass die Umsetzung der Ziele des neuen Bürgergeldes (Beratung auf Augenhöhe, Kooperationsplan, Nachhaltigkeit durch Weiterbildung und Qualifizierung) personelle und finanzielle Ressourcen erfordern, die den Jobcentern im Eingliederungstitel sowie für Verwaltungskosten zur Verfügung stehen müssen. Die aktuell geplanten Mittelkürzungen werden dazu führen, dass die Ziele des Bürgergeldes für einen Großteil der Leistungsbezieher nicht erreicht werden können.

Eine weitere Veränderung wird es in der Betreuung des U25 Bereich geben.

Bislang sind die Jobcenter für die Betreuung der unter 25-jährigen Hilfeempfänger zuständig. Es bestehen derzeit Vorschläge, weitere Einsparungen ab 2025 dadurch zu erreichen, dass junge Menschen unter 25 Jahre durch die Bundesagentur für Arbeit bei der aktiven Arbeitsmarktförderung betreut werden sollen. Derzeit gebe es noch keine Beschlussfassung, Chris-

troph Thies möchte jedoch bereits jetzt auf die möglichen negativen Folgen hinweisen. Etablierte Betreuungsstrukturen für junge Menschen mit komplexen Problemlagen werden wegfallen (z.B. Projekt Return - psychosoziale Begleitung, Unterstützung in individuell problematischen Lagen - Sucht, Schulden, Wohnungslosigkeit -). Die vorteilhaften vernetzten Strukturen und die nahe kommunale Stärke werden zukünftig außer Acht gelassen (enge Vernetzung mit Jugendhilfe, Kommunale Koordinierungsstelle KAOA, Case-Management des Kommunalen Integrationszentrums, innerhalb des Rathauses mit den Wohngeldstellen, AsylLG-Stellen, Schulen). Des Weiteren werden Steuergelder zulasten der Beitragszahlungen von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten eingespart.

Auch die geplant Kindergrundsicherung könnten Probleme entstehen. Generell ist die Leistungserbringung aus einer Hand positiv zu sehen, dennoch sind nach aktuellen Überlegungen mehrere Ansprechpartner für Familien mit Kindern notwendig (Familienkasse, Bundesagentur für Arbeit, Jobcenter, ggfls. Noch Leistungen der Jugendhilfe der Unterhaltsvorschuss). Zudem ist die Erreichbarkeit der Familienkasse in der Breite deutlich geringer als die der Jobcenter, sollten für die Kindergrundsicherung keine neuen Strukturen geschaffen werden. Auch wenn die Leistungen digital beantragt werden sollen, wird der Zugang für das zum Teil nicht mobile Klientel jünger, sozialleistungsbeziehender Menschen schwieriger.

Der Appell von Christoph Thies daher, dass die Ausschussmitglieder sich gerne im Rahmen Ihrer Möglichkeiten (sei es auf regionaler-, Landes- oder Bundesebene) dafür einsetzen sollen, die Handlungsfähigkeit der Jobcenter auf kommunaler Ebene für die Zukunft zu erhalten.

TOP 2	Vorstellung sozialer Einrichtungen und Verbände Vorlage: 234/2023
-------	--

Heike Leopold stellt den Seniorentreff der Ev. Kirchengemeinde anhand einer PPP vor.

Claudia Kraska-Venjakob stellt das Seniorennetzwerk Coesfeld anhand einer PPP vor.

Anne-Lore Pirch und Tobias Leopold stellen die Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatung des Diakonie West e.V. anhand einer PPP vor.

Inge Walfort bedankt sich bei allen Organisationen für die Präsentation und deren Arbeit.

Bernhard Kestermann bedankt sich bei den Vortragenden und betont, dass richtig ist, dass die Stadt Coesfeld die Organisationen finanziell mit einem kleinen Beitrag unterstützt.

Christoph Wolfers bedankt sich ebenfalls für die Ausführungen. Er fragt an, ob die Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatung der Diakonie West e.V. auch mit dem Verein Frauen e.V. zusammenarbeitet bzw. kooperiert.

Anne-Lore Pirch teilt daraufhin mit, dass die aufgezählten Organisationen nicht abschließend waren. Die Organisation arbeitet auch mit der Frauen e.V und vielen weiteren Organisationen am runden Tisch zusammen.

Die Beteiligten der Organisationen verlassen gegen 19:06 Uhr die Sitzung.

TOP 3	Bericht über die Ausführung des Budgets 50 - Soziales und Wohnen Vorlage: 187/2023
-------	---

Die Ausschussmitglieder haben die Vorlage zur Kenntnis genommen.

TOP 4	Weihnachtspräsente für die ältesten Bürger:innen Vorlage: 188/2023
-------	---

Herr Thies erläutert die Vorlage. Es ging in dem vorangegangenen Workshop um die Hinterfragung von gesonderten Aufgaben. Daraufhin habe er und Michael Vogt gesammelte Informationen zusammengetragen und diese in der Sitzungsvorlage aufgeschrieben. Es sei lediglich ein Vorschlag, wie das Verfahren in Zukunft angegangen werden könnte.

Bernhard Kestermann stellt im Namen der CDU einen Antrag, dass das bestehende Verfahren beibehalten werden soll. Die Präsentvergabe habe in der Vergangenheit gut geklappt und er verstehe nicht, warum es jetzt ein Thema ist. 1.500,00 € werden für die Stadt Coesfeld keine großartige Einsparung sein.

Christoph Thies stimmt Bernhard Kestermann im Zuge der fehlenden Kosteneinsparung zu. Es gehe jedoch in dem Vorschlag auch um den alternativen Vorschlag, wie die Präsente Vergabe in Zukunft von statten gehen soll.

Benedikt Öhmann teilt seine Erfahrungen mit. Er habe in der Vergangenheit viele schöne Gespräche mit den älteren Personen gehabt. Er frage sich, warum wir dies machen. In seiner Fraktion wurde dies diskutiert. Es wurde sich gefragt, warum wird nur diese kleine Gruppe an Coesfeldern angesprochen und warum der Kreis der angesprochenen nicht erweitert wird. Man könnte alternativ auch in die Behinderteneinrichtungen oder Skateinrichtungen gehen. Der Zweck der Aktion sei es, demokratiestärkend in die Gesellschaft zu gehen.

Michael Pelster teilt mit, dass Pro Coesfeld den Beschlussvorschlag und die Alternative ablehne. Es gehe um die persönliche Begegnung um Weihnachten. Es gehe nicht vorrangig um die Geschenke, sondern um die Zeit, die man den älteren Personen schenkt. Man kann Geschichten austauschen. Eine ältere Mitbürgerin regte zudem an, dass ein Treffen aller älteren Personen in Coesfeld organisiert werden sollte. Michael Pelster regte noch einmal an, dass die Tradition beibehalten werden sollte.

André Kretschmer teilt ebenfalls mit, dass die SPD den Beschlussvorschlag und die Alternative ablehne. Das Weihnachtsfest hat etwas mit der Familie zu tun, die Gespräche seien wichtig für die Senioren. Er finde es zudem peinlich, dass Ratsmitglieder an die Aktion erinnert werden müssen. Die Ratsmitglieder sollen dann lieber offen kommunizieren, wenn man es im Weihnachtsstress nicht schaffe.

Inge Walfort habe in den vergangenen 20 Jahre immer nette Geschichten erfahren. Sie war zudem auch wiederholt bei den gleichen Senioren. Die Senioren haben sich immer gefreut und auf das Gespräch gewartet mit einem gedeckten Kaffeetisch. Sie berichtet auch über die Vorgehensweise in Altenheimen, dass sie auch schon einmal vor der Eingangstür abgefangen worden ist. Im Bezug auf die Geschenke teilt sie mit, dass sie die Coesfeld Gutscheine ablehne, da gerade die älteren Personen nicht mehr selber einkaufen gehen. Es solle lieber ein nettes kleines Geschenk von bspw. der Genießerei übergeben werden mit einer hübschen Karte und einem Brief der Bürgermeisterin. Ihr Vorschlag ist es, die Präsentübergabe an die ältesten Mitbürger:innen dabei zu belassen. Sollte ein Ratsmitglied dies nicht einrichten können bzw. dagegen sein, dann solle das Mitglied sich davon befreien lassen.

Michael Vogt erläutert noch einmal, dass diese Vorlage aus dem Workshop noch zur Disposition stand, ob die Aktion fortgeführt oder abgeschafft werden solle. Wie bereits vorab mitgeteilt, ist bekannt, dass die Abschaffung der Aktion nicht gewollt ist, sodass daher die Umsetzung überlegt werden sollte. In der Vergangenheit mussten Ratsmitglieder in der Weihnachtszeit an die Aktion erinnert werden, sodass auch schon einmal Geschenke nach Weihnachten ankamen. Es ist vielleicht darüber nachzudenken, die Zeitspanne des Verschenkens bis Ostern zu verlängern, sodass die Ratsmitglieder sich das Verschenken besser terminieren können. Sollte es so beibehalten werden, würde sich die Verwaltung jedoch wünschen, dass die Besuche zeitnah und ohne Erinnerung stattfinden.

André Kretschmer lehnt beide Vorschläge ab. Er führt aus, dass die Ratsmitglieder die Coesfelder im Rat vertreten müssen. Es ist eine Pflicht in den stressiger Weihnachtszeit die Besuche abzustatten und findet es enttäuschend, dass Mitglieder daran erinnert werden müssen. Er wird dies in seiner Fraktion noch einmal ansprechen.

Jan Büscher teilt mit, dass der Antrag der CDU wichtig ist, dass noch einmal abgestimmt wird. Die Aktion soll so bestehen bleiben.

Tobias Musholt regt an, die Geschenke am Anfang des Dezembers zu verteilen und nicht wie im letzten Jahr Mitte Dezember. Zudem könnten Ratsmitglieder Geschenke doppelt verteilen bzw. man könnte sich in den Fraktionen aufteilen. Tobias Musholt bekräftigt noch einmal, dass diese Aktion wichtig ist, dass alle Senioren ein Präsent erhalten.

Christoph Thies teilt mit, dass nicht nur im letzten Jahr Ratsmitglieder erinnert werden muss, dies war bereits die letzten Jahre immer der Fall. Die Verwaltung nimmt den Vorschlag mit der Geschenkeausgabe für Anfang Dezember mit.

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, die Aktion „Weihnachtspräsente für die ältesten Bürger:innen“ nicht mehr fortzuführen.

Alternativ:

Die ältesten Bürger:innen werden durch die Ratsmitglieder individuell im Zeitraum von Dezember bis Ostern besucht. Dabei wird ein vom jeweiligen Ratsmitglied organisiertes Geschenk oder ein Coesfeld-Gutschein übergeben. Die Kosten werden in Höhe von bis zu 30 Euro durch die Verwaltung erstattet, alternativ werden die Gutscheine vorab bereitgestellt.

Beschlussvorschlag der CDU während der Sitzung:

Das bestehende System der Verteilung der Präsente soll beibehalten werden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag der CDU während der Sitzung	7	0	5
Ursprünglicher Beschlussvorschlag	Keine Abstimmung		

TOP 5	Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung für Unterkünfte für Geflüchtete und Obdachlose Vorlage: 232/2023
-------	--

Michael Vogt erläutert zu dem Tagesordnungspunkt, dass es bei den Ordnungswidrigkeiten lediglich um eine kleiner Gruppe von Personen handelt. Die Ordnungswidrigkeiten werden aufgenommen, damit eine Handhabe für die störenden Personen vorliegt.

Inge Walfort fragt an, ob die Satzung auch in anderen Sprachen übersetzt wird.

Michael Vogt verneint dies. Er führt aus, dass das Deutsche Rote Kreuz auf die Satzung hinweist und die Amtssprache weiterhin deutsch ist. Die geänderte Satzung ist auch nicht bei kleineren Vergehen anzuwenden, sondern für die härteren Fälle. Zudem gibt es auch weiterhin eine Hausordnung, die wird auch noch bearbeitet und in verschiedenen Sprachen verteilt.

Bernhard Kestermann teilt mit, dass von seitens der CDU man zustimme. Es sei noch wichtig, dass die Beiträge nicht erhöht werden, weil die Personen, die einer Beschäftigung nachgehen die Nutzungsgebühren nicht mehr finanzieren können und der Anreiz der Arbeit dann nicht mehr bestehen könnte. Zudem fehlen in Coesfeld weiterhin Wohnungen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Benutzungsgebühren für Unterkünfte für Flüchtlinge und Obdachlose bleiben zunächst unverändert. Die Verwaltung wird beauftragt, im Laufe des Jahres 2024 eine Gebührenrechnung auf Grundlage der Werte des Haushaltsjahres 2023 vorzunehmen und gegebenenfalls eine entsprechende Anpassung der Benutzungsgebühren dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.
2. Der Rat der Stadt Coesfeld beschließt die als Anlage 1 beigefügte Benutzungs- und Gebührensatzung für Unterkünfte für Flüchtlinge und Obdachlose der Stadt Coesfeld.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	12	0	0

TOP 6 Anfragen

Inge Walfort fragt an, wann das Gebäude an der Wiesenstraße fertig sei.

Christoph Thies antwortet, dass dies erst nächstes Jahr im Herbst fertig gestellt werde. Ein genaues Datum könne er jedoch noch nicht nennen.

Inge Walfort teilt mit, dass im Jobcenter die Anrufbeantworter geschaltet sind, man jedoch nicht zurückgerufen werde. Dies sei gerade bei den Personen, die der deutschen Sprache nicht mächtig sei wichtig, da das Gebäude auch geschlossen sei.

Christoph Thies nehme dies mit und würde im Einzelfall schauen, was geändert werden könne.

gez. Inge Walfort
1.Stellv. Ausschussvorsitzende

gez. Lisa Staudinger
Schriftführerin